

## **Beschlußempfehlung und Bericht**

des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksachen 10/450, 10/500, 10/650 und 10/761  
- 2. Lesung -

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes  
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1986  
(Haushaltsgesetz 1986)

hier: Einzelplan 07 - Minister für Arbeit, Gesundheit  
und Soziales

Berichterstatter Abgeordneter Schröder CDU

### Beschlußempfehlung

Der Entwurf des Einzelplans 07 wird mit den aus der Anlage ersichtlichen Änderungen angenommen.

Anlage

Datum des Originals: 28.02.1986/Ausgegeben:03.03.1986

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 4000 Düsseldorf 1, Postfach 1143, Telefon (02 11) 88 44 39, zu beziehen.

2

BerichtA Beratungsergebnisse der Fachausschüsse

Der Entwurf des Einzelplans 07 wurde vom Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge sowie vom Ausschuß für Jugend und Familie beraten. Die Ergebnisse sind in den beigehefteten Berichten - Vorlagen 10/313 und 10/314 - dargestellt.

B Abschließende Beratung im Haushalts und Finanzausschuß

Zum Beratungsverfahren bezüglich des Personalhaushalts wird auf den Bericht zum Entwurf des Haushaltsgesetzes 1986 - Drucksache 10/735 - verwiesen.

Der Haushalts- und Finanzausschuß hat sich am 27. Februar 1986 abschließend mit dem Entwurf des Einzelplans 07 befaßt. Dabei folgte er den Änderungsempfehlungen der Fachausschüsse. Darüber hinaus wurden weitere Änderungen beschlossen.

Die Fraktion der SPD stellte den Antrag, bei

Kapitel 07 010 - Ministerium für Arbeit, Gesundheit und  
Soziales  
Titel 422 10 - Bezüge der Beamten

- a) eine Leerstelle der Besoldungsgruppe A14 neu auszubringen  
sowie
- b) die Zahl der Leerstellen der Besoldungsgruppe A13 von 2 um  
1 auf 1 zu vermindern.

Begründung:

Anhebung einer Leerstelle für einen zur Dienstleistung bei der SPD-Landtagsfraktion beurlaubten Beamten zur Schaffung stellenplanmäßiger Beförderungsvoraussetzungen. Die zweite A13-Leerstelle ist mit Vorlage 10/147 gemäß § 7 Abs. 5 Satz 2 Haushaltsgesetz 1985 mit Einwilligung des Haushalts- und Finanzausschusses eingerichtet worden.

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Zu derselben Haushaltsstelle beantragte die Fraktion der CDU, die Zahl der Planstellen für Ministerialdirigenten von 5 auf 4 zu reduzieren.

Begründung:

Nach Umressortierung von 88 Stellen einschließlich einer Abteilungsleiterstelle (B7) zu einem anderen Einzelplan besteht kein Anlaß zur Schaffung einer weiteren Abteilungsleiterstelle, geschweige denn zur Einrichtung einer weiteren Abteilung, denn es hat keinen Aufgabenzuwachs gegeben. Der vom betroffenen Ressort dagegen eingewandte Hinweis, der Organisationserlaß des Ministerpräsidenten vom 5. Juni 1985 fordere 5 Abteilungen für das Ministerium, trägt nicht, denn der Haushalt ist höheren Rechts als ein Organisationserlaß des Ministerpräsidenten.

In der Diskussion zu diesem Antrag erklärte der Vertreter der CDU, in der Kommission des Haushalts- und Finanzausschusses sei keine schlüssige Antwort des Ressorts zu der neuen Abteilungsleiterstelle gegeben worden. Es sei lediglich begründet worden, daß man eine neue Abteilung gründen wolle. Sprecher der Fraktion der SPD wiesen darauf hin, es handele sich nicht um die Schaffung einer neuen B7-Stelle, sondern um die Verlagerung einer solchen Stelle aus dem Kultusbereich. Im übrigen sei die Begründung des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales für diese Stelle vom Fachausschuß durchweg akzeptiert worden. Weiterhin sei in der Kommission des Haushalts- und Finanzausschusses erklärt worden, daß die Ausweisung der neuen Abteilung im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowohl im Organisationsausschuß der Landesregierung als auch beim Landesrechnungshof nicht auf Widerspruch gestoßen sei. Der Sprecher der Fraktion der F.D.P. brachte zum Ausdruck, daß die Begründung für die neue Stelle nicht akzeptabel sei und hierüber im Plenum erneut diskutiert werden müsse.

Der Antrag wurde mit der Stimmenmehrheit der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und die Stimme der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

Die Fraktion der CDU wiederholte im übrigen die bereits in den Fachausschüssen gestellten und dort abgelehnten Anträge. Es handelt sich um insgesamt 17 Anträge, die im Anhang 1 zu diesem Bericht im einzelnen aufgeführt sind.

Die Anträge wurden mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

Auch die Fraktion der F.D.P. wiederholte - teilweise modifiziert - bereits in den Fachausschüssen gestellte und dort abgelehnte Anträge. Diese Anträge sind im Anhang 2 zu diesem Bericht dargestellt. Sie wurden mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU abgelehnt.

In der Schlußabstimmung nahm der Haushalts- und Finanzausschuß den Entwurf des Einzelplans 07 unter Einbeziehung der Änderungsempfehlungen der Fachausschüsse und den zuvor aufgeführten weiteren Änderungen mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und die Stimme der Fraktion der F.D.P. zur zweiten Lesung an.

Weiss  
Vorsitzender



Anderungsanträge

der Fraktion der CDU zum Einzelplan 07, die vom Haushalts- und Finanzausschuß in der Schlußberatung am 27. Februar 1986 abgelehnt wurden.

Antrag der Fraktion der CDU zum Haushaltsentwurf 1986 (Drucksache 10/450 in der Fassung der Ergänzungsvorlagen der Landesregierung Drucksachen 10/500 und 10/650)

Einzelplan		07		Antrag	Begründung
HHPl. S.	Kapitel	07 020	Titel		
			neuer Titel	<p>Ansatz: -</p> <p>Kürzung um:</p> <p>Erhöhung um: 1.000.000 DM</p> <p>neuer Ansatz: 1.000.000 DM</p>	<p>Die freien Verbände führen zur Zeit Beratungsangebote für Beschäftigungsinitiativen durch. Es ist angebracht, daß das Land diese Aktivitäten unterstützt. Diesem Zweck dient der vorliegende Antrag.</p>
Zweckbestimmung					
<p>Zuschüsse des Landes an die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege zur Durchführung von Beratungsmaßnahmen von Beschäftigungsinitiativen</p>					



Antrag der Fraktion der CDU zum Haushaltsentwurf 1986 (Drucksache 10/450 in der Fassung der Ergänzungsvorlagen der Landesregierung Drucksachen 10/500 und 10/650)

Einzelplan		Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
MHPl. S.	Kapitel			
34	07 020	584 10	<p>Zuschuß an die gemeinnützige Gesellschaft zur Information und Beratung von Beschäftigten mbH</p> <p>Ansatz: 900.000 DM</p> <p>Kürzung um: 900.000 DM</p> <p>Erhöhung um:</p> <p>neuer Ansatz: -</p> <p>Verpflichtungsermächtigung</p> <p>Ansatz 300 000 DM</p> <p>Kürzung 300 000 DM</p> <p>neuer Ansatz -</p>	<p>Die Tätigkeit der genannten Gesellschaft ist nicht ausreichend beschrieben und begründet. Der Beratungsbedarf kann zudem bei bestehenden Einrichtungen gedeckt werden. Aus diesen Gründen ist ein Wegfallen des Ansatzes vertretbar.</p> <p>Stattdessen sollen die entsprechenden Beratungsaktivitäten der freien Verbände gefördert werden (vgl. Antrag zu 07 020 - neuer Titel).</p>

Antrag der Fraktion der CDU zum Haushaltsentwurf 1986 (Drucksache 10/450 in der Fassung der Ergänzungsvorlagen der Landesregierung Drucksachen 10/500 und 10/650)

Einzelplan 07		Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
HPl. S.	Kapitel Titel			
34	07 020 831 00	Erwerb der Stammeinlage an der Gemeinnützigen Gesellschaft zur Information und Beratung von Beschäftigteninitiativen m.b.H.	Ansatz: 50.000 DM	Auf die Begründung zu 07 020 684 10 wird verwiesen.
			Kürzung um: 50.000 DM	
			Erhöhung um:	
			neuer Ansatz: -	
Einzelplan 07		Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
HPl. S.	Kapitel Titel			
44	07 020 90	Veranstaltungen, Informationsmaßnahmen sowie Untersuchungen und Feldversuche zur sozialen Technikgestaltung	Ansatz: 14.400 000 DM	Die im Sachstandsbericht (Stand: Januar 1986) enthaltene Übersicht über den Stand des Programms und die Projektbeschreibungen begründet nicht ausreichend die im Haushaltsentwurf vorgesehene deutliche Erhöhung des Ansatzes. Eine Kürzung ist demnach geboten.
			Kürzung um: 4.400 000 DM	
			Erhöhung um:	
			Neuer Ansatz: 10.000.000 DM	

Antrag der Fraktion der CDU zum Haushaltsentwurf 1986 (Drucksache 10/450 in der Fassung der Ergänzungsvorlagen der Landesregierung Drucksachen 10/500 und 10/650)

Einzelplan 07		Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
HHPl. S.	Kapitel Titel			
46	07 020 91	Sozial- und arbeitswissenschaftliche Untersuchungen	Ansatz: 1.500.000 DM	Der Haushaltsansatz ist gegenüber dem Vorjahr fast verdreifacht worden. Dies ist aufgrund der allgemeinen Haushaltslage nicht zu vertreten. Darüber hinaus konnte die Notwendigkeit der Untersuchungen nicht in allen Fällen schlüssig bewiesen werden.
			Kürzung um: 1.000.000 DM	
			Erhöhung um: neuer Ansatz: 500 000 DM	

Einzelplan 07		Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
HHPl. S.	Kapitel Titel			
52	07 040 684 1	Zuschüsse an die in der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege zusammengeschlossenen Organisationen	Ansatz: 20.000.000 DM	Die soziale Infrastruktur in NRW wird wesentlich geprägt vom Engagement der freien Verbände. Aus diesem Grunde erscheint zur Sicherstellung eines qualifizierten Angebots eine Erhöhung des Ansatzes geboten.
			Kürzung um: 5.000.000 DM	
			Erhöhung um: neuer Ansatz: 25.000.000 DM	

Antrag der Fraktion der CDU zum Haushaltsentwurf 1986 (Drucksache 10/450 in der Fassung der Ergänzungsvorlagen der Landesregierung Drucksachen 10/500 und 10/650)

Einzelplan 07		Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
HHPl. S.	Kapitel Titel			
52	07 040 884 19	Zuschuß an die "Stiftung des Landes Nordrhein-Westfalen für Wohlfahrtspflege"	Ansatz: 25.000.000 DM	Die Einnahmen aus der Spielbankabgabe (Kapitel 07 040 381 10 und 381 20) sollten - entsprechend der ursprünglichen Absicht des Landesgesetzgebers - in voller Höhe an die Stiftung Wohlfahrtspflege abgeführt werden.
			Kürzung um: Erhöhung um: neuer Ansatz: 70.300.000 DM	
Einzelplan 07		Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
HHPl. S.	Kapitel Titel			
56	07 040 Tit. 07 70	Förderung von sozialen Einrichtungen	Ansatz: 7.300.000 DM	Die Förderung von Tageseinrichtungen und Pflegeheimen für geistig und mehrfach Behinderte muß neben der Bezuschussung der Werkstätten für Behinderte ein Schwerpunkt der sozialen Arbeit des Landes sein. Angesichts eines Standes an unerledigten Anträgen in Höhe von über 10 Mio DM muß die von der Landesregierung vorgesehene Ansatzkürzung rückgängig gemacht werden.
			Kürzung um: Erhöhung um: neuer Ansatz: 10.300.000 DM	

Anträge der Fraktion der CDU zum Haushaltsentwurf 1986 (Drucksache 10/450  
 der Ergänzungsvorlagen der Landesregierung Drucksachen 10/500 und 10/650) in der Fassung

Einzelplan 07		Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
HHPl. S.	Kapitel Titel Tit. Gr.			
58	07 040 80	Förderung von Werkstätten für Behinderte	Ansatz: 7.400.000 DM Kürzung um: Erhöhung um: neuer Ansatz: 9.400.000 DM	Zum 1.1.1986 liegen unerledigte Anträge in Höhe von 80 Mio DM vor. Nach Erhebung der Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe müssen bis 1990 noch 12.000 Werkstattplätze geschaffen werden. Aus diesem Grund ist eine Erhöhung des Ansatzes notwendig.
Einzelplan 07		Zweckbestimmung	Antrag	
HHPl. S.	Kapitel Titel			
94	07 050 83 82	Zuweisungen an Gemeinden (GV) zu den Bau- und Einrichtungskosten gemäß §§ 10 und 16 KGG und für andere Tageseinrichtungen für Kinder	Ansatz: 14.000.000 DM Kürzung um: Erhöhung um: neuer Ansatz: 20.000.000 DM	Angesichts eines großen Investitionsstaus bei den Kindergärten ist die Kürzung des Haushaltsansatzes nicht hinnehmbar. Eine Erhöhung ist im Interesse einer Sicherstellung eines flächendeckenden Angebots gut ausgebaute Kindergärten erforderlich.

Antworte der Fraktion der CDU zum Haushaltsentwurf 1986 (Drucksache 10/450 in der Fassung der Ergänzungsvorlagen der Landesregierung Drucksachen 10/500 und 10/650)

Einzelplan 07		Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
HHPl. S.	Kapitel Titel			
94	07 050 893 82	Zuschüsse an Träger der freien Jugendhilfe zu den Bau- und Einrichtungskosten gemäß §§ 10 und 16 KGG und für andere Tageseinrichtungen für Kinder	<p>Ansatz: 15.500.000 DM</p> <p>Kürzung um:</p> <p>Erhöhung um: 8.500.000 DM</p> <p>neuer Ansatz: 24.000.000 DM</p>	<p>Angesichts eines großen Investitionsstaus ist eine Erhöhung des Haushaltsansatzes, durch die die Kürzung gegenüber dem Vorjahr rückgängig gemacht wird, erforderlich.</p>
Einzelplan 07		Durchführung von Aufgaben nach § 96 BVFG	<p>Ansatz: 150 000 DM</p> <p>Kürzung um:</p> <p>Erhöhung um: 150 000 DM</p> <p>neuer Ansatz: 300 000 DM</p>	<p>Kulturelles Erbe und geistige Substanz der deutschen Kulturlandschaften des Ostens sind Teil der gesamten deutschen Kultur.</p> <p>Deshalb kommt den in § 96 BVFG gestellten Aufgaben große Bedeutung zu. Dies wird auch deutlich aus dem Aufruf des Ministerpräsidenten zur Rettung des ostdeutschen Kulturgutes.</p> <p>Aus diesem Grund ist eine Erhöhung des Ansatzes geboten.</p>
HHPl. S.	Kapitel Titel			
104	07 060 531 00			

Antrag der Fraktion der CDU zum Haushaltsentwurf 1986 (Drucksache 10/450 in der Fassung der Ergänzungsvorlagen der Landesregierung Drucksachen 10/500 und 10/650)

Einzelplan		07		Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
HHPl. S.	Kapitel	Titel				
104	07 060	643	10	Kostenerstattung an die Träger der Sozialhilfe gem. § 6 Abs. 4 des Flüchtlingsaufnahmegesetzes	<p>Ansatz: 145.000.000 DM</p> <p>Kürzung um: 5.000.000 DM</p> <p>Erhöhung um: neuer Ansatz: 140.000.000 DM</p>	<p>Der im Haushaltsansatz vorge-sehene Betrag erscheint trotz des Anwachsens der Zahl der Asylanten als überhöht.</p> <p>Eine Kürzung ist möglich.</p>

Antrag der Fraktion der CDU zum Haushaltsentwurf 1986 (Drucksache 10/450 in der Fassung der Ergänzungsvorlagen der Landesregierung Drucksachen 10/500 und 10/650)

Einzelplan		Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
HPL. S.	Kapitel			
106	07 060	684 1	<p>Zuschüsse zur Durchführung der sozialen Betreuung der Vertriebenen und der Deutschen aus der DDR</p> <p>Ansatz: 1.750.000 DM</p> <p>Kürzung um: 100.000 DM</p> <p>Erhöhung um: 1.850.000 DM</p> <p>neuer Ansatz: 1.850.000 DM</p> <p>für <u>UF 3</u></p> <p>Zuwendungen in besonders gelagerten Härtefällen</p> <p>Ansatz: 850.000 DM</p> <p>Erhöhung um: 100.000 DM</p>	<p>Die sprachliche, gesellschaftliche und soziale Eingliederung der Spätaussiedler und der Deutschen aus der DDR muß verstärkt fortgeführt werden. Dies gilt insbesondere für den Nachhilfeunterricht, der schwerpunktmäßig aus dem Untertitel 3 in besonders gelagerten Härtefällen gefördert wird.</p> <p>Eine Kürzung gegenüber dem Vorjahr kann nicht hingenommen werden.</p>



Antrag der Fraktion der CDU zum Haushaltsentwurf 1986 (Drucksache 10/450 in der Fassung der Ergänzungsvorlagen der Landesregierung Drucksachen 10/500 und 10/650)

Einzelplan 07		Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
HHPl. S.	Kapitel Titel			
106	07060 684 12	Förderungsmaßnahmen auf Aufgabenbereich des § 96 BVFG	<p>Ansatz 350 000 DM</p> <p>Erhöhung um 100 000 DM</p> <p>Neuer Ansatz: 450 000 DM</p>	Auf die Begründungen gem. Antrag zu 07 060 531 00 wird verwiesen.

Antrag der Fraktion der CDU zum Haushaltsentwurf 1986 (Drucksache 10/450 in der Fassung der Ergänzungsvorlagen der Landesregierung Drucksachen 10/500 und 10/650)

Einzelplan 07		Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
Hopl. S.	Kapitel			
124	07 070	Förderung von Investitionen von Krankenhäusern und mit diesen notwendigerweise verbundenen Ausbildungsstätten sowie gleichgestellten Einrichtungen nach dem Gesetz zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze (KHGa.F.)	<p>Ansatz: 450.000.000 DM</p> <p>Kürzung um:</p> <p>Erhöhung um: 40.000.000 DM</p> <p>neuer Ansatz: 490.000.000 DM</p> <p>Zur Finanzierung neuer Umbau- und Sanierungsmaßnahmen ist der im Haushaltsentwurf vorgesehene Betrag von 10 Mio DM um 40 Mio DM zu erhöhen und von Direktzuschussung in Kapitaldienstfinanzierung umzuwandeln. Die Landesregierung wird ersucht, die entsprechenden haushaltsrechtlichen Regelungen vorzulegen.</p>	<p>In NRW ist im Krankenhausbereich ein Investitionsbedarf in Höhe von 2,5 Mrd. DM bis 3 Mrd. DM vorhanden, der kurzfristig mit dem bisherigen Verfahren der Direktfinanzierung nicht abgebaut werden kann.</p> <p>Aus diesem Grunde ist eine Erhöhung des Ansatzes und die Umwandlung von Direktfinanzierung in ein Kapitaldienstfinanzierungsverfahren erforderlich.</p>
	Titel 60			

Antrag der Fraktion der CDU zum Haushaltsentwurf 1986 (Drucksache 10/450 in der Fassung der Ergänzungsvorlagen der Landesregierung Drucksachen 10/500 und 10/650)

Einzelplan 07		Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
UHP. S.	Kapitel Titel			
282	07 430 684 00	Zuschuß zu den Anlaufkosten des Herzzentrums an die Krankenhausbetriebsgesellschaft Bad Oeynhausen mbH	<p>Ansatz: 850.000 DM</p> <p>Kürzung um: 850.000 DM</p> <p>Erhöhung um: -</p> <p>neuer Ansatz: -</p>	<p>Nach Auskunft der Landesregierung hat das Herzzentrum in Bad Oeynhausen überraschend gut seinen Betrieb aufgenommen. Eine besondere Bezuschussung der Anlaufkosten ist nicht erforderlich, der Ansatz kann gestrichen werden.</p>



Änderungsanträge

der Fraktion der F.D.P. zum Einzelplan 07, die vom Haushalts- und Finanzausschuß in der Schlußberatung am 27. Februar 1986 abgelehnt wurden.

F.D.P. - LANDTAGSFRAKTION  
NORDRHEIN - WESTFALEN

Der Parlamentarische Geschäftsführer

HAUS DES LANDTAGS  
POSTFACH 1143  
4000 DÜSSELDORF 1 796  
TELEFON (02 11) 884 .....

17.02.1986

An den  
Vorsitzenden des Ausschusses  
für Arbeit, Gesundheit u. Soziales  
Herrn Karl Heinz Bräuer

im Hause

Sehr geehrter Herr Bräuer,

für die F.D.P.-Fraktion stelle ich folgende Anträge zum Haushaltsplan '86  
des Landes NRW:

I. Kürzungen

- |    |      |            |   |                |
|----|------|------------|---|----------------|
| 1. | S.24 | Kap. 53100 | Öffentlichkeitsarbeit   | 14.000,-- DM ✓ |
| 2. | S.34 | Kap. 83100 | Gemeinnützige Gesellschaft zur In-<br>formation und Beratung von Beschäf-<br>tigungsinitiativen mbH | 50.000,-- ✓ ✓  |
| 3. | S.34 | Kap. 68410 | Zuschuß an die gemeinnützige Gesell-<br>schaft  | 900.000,-- ✓   |
| 4. | S.36 | Kap. 68460 | Eingliederung ausländischer Arbeit-<br>nehmer (Zuschüsse für laufende<br>Zwecke)                    |                |

Der Ansatz in Höhe von 19 Mill. be-  
darf dringend einer geänderten Auf-  
teilung: Der DPWV sollte aus diesem  
Ansatz für 1986 Dm 1,3 Mill. erhal-  
ten

Anhang 2 zu Drucksache 10/727

5.	S.40	Kap. 65370/ 68370 68470	Berufliche Eingliederung/ Wiedereingliederung  zusätzliche Ausbildungsplätze im öffentlichen und sozialen Be- reich	2.400.000,-- ✓
6.	S.42	Kap. 65372	ABM: Zuweisungen an kommunale/ Zuschüsse an freie Träger  Die ABM für arbeitslose Sozial- hilfeempfänger sollen um 10 Mill. gekürzt werden, für die Stammkräf- te werden lediglich 1,725 Mill. benötigt; die Landeszuschüsse nach § 96 AFG sollten von 8 Mill. auf 13 Mill. erhöht werden. Daraus er- gibt sich eine Kürzung von netto DM 5.000.000,--	5.000.000,-- ✓
7.	S.42	Kap. 68273/ 68373	Übergang vom Ausbildungs- in das Beschäftigungssystem: Zuschüsse an öffentliche und private Unter- nehmen	4.500.000,-- ✓
8.	S.44	Kap. 52690	Soziale Technikgestaltung	15.000.000,-- ✓
9.	S.46	Kap. 52691	Sozial- und arbeitswissenschaftl. Untersuchungen	1.000.000,-- ✓

II. Erhöhungen

1.	S.34	Kap. 68420	Arbeitslosenzentren	1.000.000,-- ✓
2.	S.52	Kap. 68411	Arbeitsgemeinschaft der Spitzen- verbände	5.000.000,-- ✓

Der Ausschuß sollte sich in einem  
Hearing mit der Verteilung der Mit-  
tel auf die einzelnen Verbände be-  
fassen

Kürzungen: 32.889.000,-- DM

Erhöhungen: 6.000.000,-- DM

Mit freundlichen Grüßen

- Dr. Fritz Schaumann -

Kopie an : Ulrich Schmidt SPD

Hermann Josef Arentz CDU

## Antrag der Fraktion der F.D.P. zum Haushaltsentwurf 1986

(Drucksachen 10/450, 10/500)

Einzelplan 07	Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
Kapitel 07 050	Zuschüsse für die Fortbildung von Fachkräften aller Zweige der sozialen Arbeit, auch für ehrenamtliche Mitarbeiter	Der Ansatz wird um DM 350.000,-- gekürzt.	Priorität bei unmittelbarer Bekämpfung sozialer Probleme
Titelgr.			
Titel 684 20			
Haushaltsentw. 86			
Seite 70			

## Antrag der Fraktion der F.D.P. zum Haushaltsentwurf 1986

(Drucksachen 10/450, 10/500)

Einzelplan 07	Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
Kapitel 07 050	Ausgleich für Verdienstausschlag infolge von Urlaubsgewährung nach dem Sonderurlaubsgesetz	Der Ansatz wird im DM 1 Mio gekürzt.	Die tatsächlich benötigten Fördermittel betragen 1984 lediglich 2,15 Mio.
Titelgr. 61			
Titel 681 61			
Haushaltsentw. 86			
Seite 76			



Antrag der Fraktion der F.D.P. zum Haushaltsentwurf 1986

(Drucksachen 10/450, 10/500)

Einzelplan 07	Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
Kapitel 07 050	Zuschüsse an Träger der freien Jugendpflege	Aus dem Ansatz "Personalkostenzuschüsse für pädagogische Kräfte in Jugendwohnheimen" werden 1,57 Mio. getrichen.	Erhöhung analog Förderung der Anstellung von Fachkräften der Bildungsarbeit in der außerschulischen Bildungsarbeit (+ 3 % ) sollte nicht überschrritten werden.
Titelgr. 61			
Titel 684 61			
Haushaltsentw. 85			
Seite 76			

Anhang zu Drucksache 10/727

Antrag der Fraktion der F.D.P. zum Haushaltsentwurf 1986

(Drucksachen 10/450, 10/500)

Einzelplan 07	Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
Kapitel 07050	Zuschüsse an Träger der freien Jugendhilfe	Aus dem Ansatz "Für die institutionelle Förderung der Landesarbeitsstellen für Jugendschutz" sind DM 440.000,- zu streichen.	Konzentration auf Aktion Jugendschutz statt Förderung von drei Institutionen.
Titelgr. 62			
Titel 684 62			
Haushaltsentw. 85			
Seite 32			

Antrag der Fraktion der F.D.P. zum Haushaltsentwurf 1986

(Drucksachern 10/450, 10/500)

Einzelplan 07	Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
Kapitel 07080	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	Der Ansatz wird um 1,7 Mio. DM erhöht, die für die Durchführung von Sport- und Vorsorgeuntersuchungen zu verwenden sind.	Der Sportausschuß des Landtags hat beschlossen, in seinen Beratungen ein besonderes Augenmerk auf den Themenbereich "Sport und Gesundheit" zu richten. Hierzu soll sogar ein Hearing durchgeführt werden. Auch aus volkswirtschaftlichen Aspekten ist die Gesundheitsvorsorge von besonderer Wichtigkeit. Deshalb sollte die bis vor wenigen Jahren völlig unstrittige Förderung von Sport- und Vorsorgeuntersuchungen wieder in den Haushalt eingestellt werden.
Titelgr. 71			
Titel 684 71			
Haushaltsentw. 86			
Seite 138			

B 1

**LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN**

19.02.1986

10. Wahlperiode

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
10. WAHLPERIODE

**VORLAGE**  
**10/313**

**Vorlage**

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1986

hier: Einzelplan 07 - Minister für Arbeit, Gesundheit  
und Soziales

- Drucksachen 10/450, 10/500 und 10/650 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des  
Ausschusses für Arbeit, Gesundheit, Soziales und  
Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge

Berichterstatter Abgeordneter Bräuer SPD

Beschlußempfehlung

Der Einzelplan 07 - außer Kapitel 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe, Soziales Ausbildungswesen und allgemeine frauenpolitische Angelegenheiten - und Kapitel 07 410 - Sozialpädagogisches Institut für Kleinkind- und außerschulische Erziehung (SPI) - sowie dem Landesjugendplan, wird mit den nachfolgend ersichtlichen Änderungen angenommen.

Bericht

Allgemeines

Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge hat in seinen Sitzungen am 15. Januar, 22. Januar und 19. Februar 1986 den Einzelplan 07 - außer Kapitel 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe, Soziales Ausbildungswesen und allgemeine frauenpolitische Angelegenheiten - und Kapitel 07 410 - Sozialpädagogisches Institut für Kleinkind- und außerschulische Erziehung (SPI) - sowie den Landesjugendplan - beraten.

Als Vorlagen sind zum Haushaltsentwurf an den Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge eingegangen vom:

Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen	10/210 und 10/214
---	-------------------

Als Zuschriften sind eingegangen:

Caritasverband für das Bistum Essen e.V.	10/231
Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf	10/238 und 10/300
Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V., Wuppertal	10/257 und 10/273
Bund der Vertriebenen, Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V., Düsseldorf	10/264
Caritasverband für die Diözese Münster e.V., Münster	10/295
Arbeiterwohlfahrt, Landesarbeitsgemeinschaft NW, Bielefeld	10/301

Sowohl die vorgenannten Vorlagen als auch die Zuschriften lagen den Ausschußmitgliedern als Beratungsunterlagen vor.

Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge stimmte in seiner Sitzung am 19. Februar 1986 über Anträge und über den Einzelplan 07 - außer Kapitel 07 050, Kapitel 07 410 und den Landesjugendplan - ab.

#### Einzelberatung

Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge stimmte in seiner Sitzung am 19. Februar 1986 über die Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion der F.D.P. sowie über den Einzelplan 07, außer Kapitel 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe, Soziales Ausbildungswesen und allgemeine frauenpolitische Angelegenheiten - und Kapitel 07 410 - Sozialpädagogisches Institut für Kleinkind- und außerschulische Erziehung (SPI) - sowie den 36. Landesjugendplan - ab.

Im einzelnen wurden folgende Anträge gestellt:

1. Die Fraktion der F.D.P. beantragte, bei

<u>Kapitel 07 010</u>	- Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
<u>Titel 531 00</u>	- Öffentlichkeitsarbeit

den Ansatz von 140 000 DM um 14 000 DM auf 126 000 DM zur kürzen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und die Stimme der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

2. Die Fraktion der CDU und die Fraktion der F.D.P. beantragten, bei

<u>Kapitel 07 020</u>	- Allgemeine Bewilligungen
<u>Titel 684 10</u>	- Zuschuß an die Gemeinnützige Gesellschaft zur Information und Beratung von Beschäftigungsinitiativen mbH

den Ansatz von 900 000 DM um 900 000 DM auf 0 DM und die Verpflichtungsermächtigung von 300 000 DM um 300 000 DM auf 0 DM zu kürzen.

Begründung

Die Tätigkeit der genannten Gesellschaft sei nicht ausreichend beschrieben und begründet. Der Beratungsbedarf könne zudem bei bestehenden Einrichtungen gedeckt werden. Aus diesem Grunde sei eine Streichung des Ansatzes vertretbar. Statt dessen sollten die entsprechenden Beratungsaktivitäten der freien Verbände gefördert werden.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und die Stimme der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

3. Die Fraktion der F.D.P. beantragte, bei

<u>Kapitel 07 020</u>	- Allgemeine Bewilligungen
<u>Titel 684 20</u>	- Zuschüsse zur Unterstützung von Arbeitslosenzentren, -treffs und -initiativen zur Förderung der Hilfe zur Selbsthilfe beim Versuch der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt

den Ansatz von 2 000 000 DM um 1 000 000 DM auf 3 000 000 DM zu erhöhen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

4. Die Fraktion der CDU und die Fraktion der F.D.P. beantragten, bei

<u>Kapitel 07 020</u>	- Allgemeine Bewilligungen
<u>Titel 831 00</u>	- Erwerb der Stammeinlage an der Gemeinnützigen Gesellschaft zur Information und Beratung von Beschäftigungsinitiativen mbH

den Ansatz von 50 000 DM um 50 000 DM auf 0 DM zu kürzen.

Begründung

Zur Begründung wird auf die lfd. Nr. 2 verwiesen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und die Stimme der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

5. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

<u>Kapitel 07 020</u>	- Allgemeine Bewilligungen
-----------------------	----------------------------

die Einrichtung eines neuen Titels mit der Zweckbestimmung "Zuschüsse des Landes an die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege zur Durchführung von Beratungsmaßnahmen von Beschäftigungsinitiativen" und einem Ansatz von 1 000 000 DM auszubringen.

Begründung

Die freien Verbände führten zur Zeit Beratungsangebote für Beschäftigungsinitiativen durch. Es sei angebracht, daß das Land diese Aktivitäten unterstütze. Diesem Zweck diene der vorliegende Antrag.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Stimme der Fraktion der F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU abgelehnt.

6. Die Fraktion der F.D.P. beantragte, bei

Kapitel 07 020 - Allgemeine Bewilligungen  
Titelgruppe 70 - Förderung von Maßnahmen zur beruflichen Eingliederung jugendlicher Arbeitsloser, zur beruflichen Wiedereingliederung von Frauen sowie zur modellhaften Erprobung neuer Eingliederungsmaßnahmen

Unterteil 1 - Zusätzliche Ausbildungsplätze im öffentlichen und sozialen Bereich

den Ansatz von 2 400 000 DM um 2 400 000 DM auf 0 DM zu kürzen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

7. Die Fraktion der F.D.P. beantragte, bei

Kapitel 07 020 - Allgemeine Bewilligungen  
Titelgruppe 72 - Ergänzende Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

den Ansatz von 74 200 000 DM um 5 000 000 DM auf 69 200 000 DM zu kürzen, und zwar bei

Unterteil a - Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für arbeitslose Sozialhilfeempfänger

von 60 450 000 DM um 10 000 000 DM auf 50 450 000 DM und bei



Unterteil b - Landeszuschüsse zu Maßnahmen nach § 96 des Arbeitsförderungsgesetzes  
von 8 000 000 DM um 5 000 000 DM auf 13 000 000 DM zu erhöhen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

8. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

Kapitel 07 020 - Allgemeine Bewilligungen  
Titelgruppe 72 - Ergänzende Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen  
Titel 684 72 - Zuschüsse an freie Träger

den Ansatz von 14 000 000 DM um 1 250 000 DM auf 15 250 000 DM und die Verpflichtungsermächtigung von 2 500 000 DM um 6 250 000 DM auf 8 750 000 DM zu erhöhen, und zwar für den

Unterteil c - Stammkräfte zur Projektentwicklung und -begleitung

#### Begründung

Es handele sich um einen Teil des Landesprogramms zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. 50 weitere Stammkräfte sollen ab 1. Juli 1986 für 3 Jahre mit einem Betrag von 50 000 DM pro Person und Jahr gefördert werden.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und die Stimme der Fraktion der F.D.P. angenommen.

9. Die Fraktion der F.D.P. beantragte, bei

<u>Kapitel 07 020</u>	- Allgemeine Bewilligungen
<u>Titelgruppe 73</u>	- Erleichterung des Übergangs vom Ausbildungs- in das Beschäftigungssystem

den Ansatz von 4 500 000 DM um 4 500 000 DM auf 0 DM und die Verpflichtungsermächtigungen von 13 500 000 DM um 13 500 000 DM auf 0 DM zu kürzen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

10. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

<u>Kapitel 07 020</u>	- Allgemeine Bewilligungen
<u>Titelgruppe 90</u>	- Veranstaltungen, Informationsmaßnahmen sowie Untersuchungen und Feldversuche zur sozialen Technikgestaltung
<u>Titel 526 90</u>	- Kosten für Sachverständige und Untersuchungsvorhaben

den Ansatz von 15 000 000 DM um 600 000 DM auf 14 400 000 DM zu kürzen.

Begründung

Im Jahre 1986 bestehe ein geringfügiger Minderbedarf.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. angenommen.

11. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

<u>Kapitel 07 020</u>	- Allgemeine Bewilligungen
<u>Titelgruppe 90</u>	- Veranstaltungen, Informationsmaßnahmen sowie Untersuchungen und Feldversuche zur sozialen Technikgestaltung
<u>Titel 526 90</u>	- Kosten für Sachverständige und Untersuchungsvorhaben

den Ansatz von 15 000 000 DM um 5 000 000 DM auf 10 000 000 DM zu kürzen.

Begründung

Die im Sachstandsbericht (Stand: Januar 1986) enthaltene Übersicht über den Stand des Programms und die Projektbeschreibungen begründeten nicht ausreichend die im Haushaltsentwurf vorgesehene deutliche Erhöhung des Ansatzes. Eine Kürzung sei demnach geboten.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

12. Die Fraktion der F.D.P. beantragte, bei

<u>Kapitel 07 020</u>	- Allgemeine Bewilligungen
<u>Titelgruppe 90</u>	- Veranstaltungen, Informationsmaßnahmen sowie Untersuchungen und Feldversuche zur sozialen Technikgestaltung
<u>Titel 526 90</u>	- Kosten für Sachverständige und Untersuchungsvorhaben

den Ansatz von 15 000 000 DM um 15 000 000 DM auf 0 DM zu kürzen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

13. Die Fraktion der CDU und die Fraktion der F.D.P. beantragten, bei

<u>Kapitel 07 020</u>	- Allgemeine Bewilligungen
<u>Titelgruppe 91</u>	- Sozial- und arbeitswissenschaftliche Untersuchungen
<u>Titel 526 91</u>	- Kosten für Untersuchungsvorhaben und Sachverständige

den Ansatz von 1 500 000 DM um 1 000 000 DM auf 500 000 DM zu kürzen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und die Stimme der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

14. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

<u>Kapitel 07 040</u>	- Altenhilfe und soziale Hilfen
<u>Titel 683 00</u>	- Zuschuß an die NOWEA-Messegesellschaft mbH, Düsseldorf, zu den Kosten des Rehabilitationskongresses 1987

den Ansatz von 30 000 DM um 30 000 DM auf 0 DM und die Verpflichtungsermächtigung von 30 000 DM um 30 000 DM auf 0 DM zu kürzen.

#### Begründung

Der Kongreß werde nicht in Nordrhein-Westfalen durchgeführt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

15. Die Fraktion der CDU und die Fraktion der F.D.P. beantragten, bei

<u>Kapitel 07 040</u>	- Altenhilfe und soziale Hilfen
<u>Titel 684 11</u>	- Zuschüsse an die in der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege zusammengeschlossenen Organisationen

den Ansatz von 20 000 000 DM um 5 000 000 DM auf 25 000 000 DM zu erhöhen.

Begründung

Die soziale Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen werde wesentlich von Engagement der freien Verbände geprägt. Aus diesem Grunde erscheine zur Sicherstellung eines qualifizierten Angebots eine Erhöhung des Ansatzes geboten.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und die Stimme der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

16. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

<u>Kapitel 07 040</u>	- Altenhilfe und soziale Hilfen
<u>Titel 684 19</u>	- Zuschuß an die "Stiftung des Landes Nordrhein-Westfalen für Wohlfahrtspflege"

den Ansatz von 25 000 000 DM um 45 300 000 DM auf 70 300 000 DM zu erhöhen.

Begründung

Die Einnahmen aus der Spielbankabgabe sollten - entsprechend der ursprünglichen Absicht des Landesgesetz-

gebers - in voller Höhe an die Stiftung für Wohlfahrtspflege abgeführt werden.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

17. Die Fraktion der SPD und die Fraktion der CDU beantragten, bei

<u>Kapitel 07 040</u>	- Altenhilfe und soziale Hilfen
<u>Titelgruppe 60</u>	- Zuweisungen und Zuschüsse zur Durchführung von Erholungsmaßnahmen für alte Menschen

den Ansatz von 3 500 000 DM um 3 500 000 DM auf 7 000 000 DM zu erhöhen, und zwar bei

<u>Titel 653 60</u>	- Kommunale Träger
---------------------	--------------------

von 500 000 DM um 500 000 DM auf 1 000 000 DM und bei

<u>Titel 684 60</u>	- Freie gemeinnützige Träger
---------------------	------------------------------

von 3 000 000 DM um 3 000 000 DM auf 6 000 000 DM.

#### Begründung

Der Ansatz des Vorjahres soll wiederhergestellt werden.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. angenommen.

18. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

<u>Kapitel 07 040</u>	- Altenhilfe und soziale Hilfen
<u>Titelgruppe 70</u>	- Förderung von sozialen Einrichtungen

den Ansatz von 7 300 000 DM um 3 000 000 DM auf 10 300 000 DM zu erhöhen.

Begründung

Die Förderung von Tageseinrichtungen und Pflegehäusern für geistig und mehrfach Behinderte müsse neben der Bezuschussung der Werkstätten für Behinderte ein Schwerpunkt der sozialen Arbeit des Landes sein.

Angesichts des Standes an unerledigten Anträgen in Höhe von mehr als 10 Mio DM müsse die von der Landesregierung vorgesehene Ansatzkürzung gegenüber 1985 rückgängig gemacht werden.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

19. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

<u>Kapitel 07 040</u>	- Altenhilfe und soziale Hilfen
<u>Titelgruppe 80</u>	- Förderung von Werkstätten für Behinderte

den Ansatz von 7 400 000 DM um 2 000 000 DM auf 9 400 000 DM zu erhöhen.

Begründung

Zum 1. Januar 1986 lägen unerledigte Anträge in Höhe von 80 Mio DM vor. Nach einer Erhebung der Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe müssten bis zum

Jahre 1990 noch 12 000 weitere Werkstattplätze geschaffen werden. Aus diesem Grunde sei eine Erhöhung des Ansatzes notwendig.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

20. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

<u>Kapitel 07 060</u>	- Landesmaßnahmen für Vertriebene, Deutsche aus der DDR, Heimkehrer sowie heimatlose Ausländer und ausländische Flüchtlinge
<u>Titel 531 00</u>	- Durchführung von Aufgaben nach § 96 BVFG

den Ansatz von 190 000 DM um 120 000 DM auf 310 000 DM zu erhöhen.

Begründung

Das kulturelle Erbe und die geistige Substanz der deutschen Kulturlandschaften des Ostens seien ein Teil der gesamtdeutschen Kultur. Deshalb komme den in § 96 BVFG gestellten Aufgaben große Bedeutung zu. Dies ergebe sich auch deutlich aus dem Aufruf des Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen zur Rettung ostdeutschen Kulturgutes. Aus diesem Grunde sei eine Erhöhung des Ansatzes geboten.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.



21. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

- |                       |   |
|-----------------------|---|
| <u>Kapitel 07 060</u> | - Landesmaßnahmen für Vertriebene, Deutsche aus der DDR, Heimkehrer sowie heimatlose Ausländer und ausländische Flüchtlinge |
| <u>Titel 531 00</u>   | - Durchführung von Aufgaben nach § 96 BVFG  |

den Ansatz von 190 000 DM um 40 000 DM auf 150 000 DM zu kürzen.

Begründung

Die Kürzung des Ansatzes sei im Hinblick auf die Haushaltslage des Landes geboten.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. angenommen.

22. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

- |                       |   |
|-----------------------|---|
| <u>Kapitel 07 060</u> | - Landesmaßnahmen für Vertriebene, Deutsche aus der DDR, Heimkehrer sowie heimatlose Ausländer und ausländische Flüchtlinge |
| <u>Titel 643 10</u>   | - Kostenerstattung an die Träger der Sozialhilfe gemäß § 6 Abs. 4 des Flüchtlingsaufnahmegesetzes                           |

den Ansatz von 145 000 000 DM um 5 000 000 DM auf 140 000 000 DM zu kürzen.

Begründung

Trotz des Anwachsens der Zahl der Asylanten sei der vorgesehene Haushaltsansatz als überhöht anzusehen. Eine Kürzung sei daher möglich.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Stimme der Fraktion der F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU abgelehnt.

23. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

- |                       |   |
|-----------------------|---|
| <u>Kapitel 07 060</u> | - Landesmaßnahmen für Vertriebene, Deutsche aus der DDR, Heimkehrer sowie heimatlose Ausländer und ausländische Flüchtlinge |
| <u>Titel 684 11</u>   | - Zuschüsse zur Durchführung der sozialen Betreuung der Vertriebenen und Deutschen aus der DDR                              |

den Ansatz von 1 750 000 DM um 100 000 DM auf 1 850 000 DM zu erhöhen, und zwar beim

- |                    |   |
|--------------------|---|
| <u>Unterteil 3</u> | - Zuwendungen in besonders gelagerten Härtefällen |
|--------------------|---|

von 850 000 DM um 100 000 DM auf 950 000 DM.

#### Begründung

Die sprachliche, gesellschaftliche und soziale Eingliederung der Spätaussiedler und der Deutschen aus der DDR müsse verstärkt fortgeführt werden. Dies gelte insbesondere für den Nachhilfeunterricht, der schwerpunktmäßig aus Unterteil 3 gefördert werde. Eine Kürzung gegenüber dem Vorjahr könne daher nicht hingenommen werden.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

24. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

- |                       |   |
|-----------------------|---|
| <u>Kapitel 07 060</u> | - Landesmaßnahmen für Vertriebene, Deutsche aus der DDR, Heimkehrer sowie heimatlose Ausländer und ausländische Flüchtlinge |
| <u>Titel 684 12</u>   | - Förderungsmaßnahmen im Aufgabenbereich des § 96 BVFG  |

den Ansatz von 440 000 DM um 90 000 DM auf 350 000 DM zu kürzen.

Begründung

Die Kürzung des Ansatzes sei im Hinblick auf die Haushaltslage des Landes geboten.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und die Stimme der Fraktion der F.D.P. angenommen.

25. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

- |                       |  |
|-----------------------|--|
| <u>Kapitel 07 070</u> | - Krankenhausförderung   |
| <u>Titelgruppe 60</u> | - Förderung von Investitionen von Krankenhäusern und mit diesen notwendigerweise verbundenen Ausbildungsstätten sowie gleichgestellten Einrichtungen nach dem Gesetz zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze (KHG a.F.) |

den Ansatz von 450 000 000 DM um 40 000 000 DM auf 490 000 000 DM zu erhöhen.

Begründung

Im Lande Nordrhein-Westfalen sei im Krankenhausbereich ein ungedeckter Investitionsbedarf in Höhe von 2,5 Mrd. DM bis 3 Mrd. DM vorhanden, der kurzfristig mit dem bisherigen Verfahren der Direktfinanzierung nicht abgebaut werden könne. Daher sei der im Haushaltsentwurf zur Finanzierung neuer Umbau- und Sanierungsmaßnahmen vorgesehene Betrag von 10 Mio DM um den obengenannten Betrag von 40 Mio DM auf 50 Mio DM zu erhöhen und für Kapitaldienstzuschüsse zu verwenden.

Die Landesregierung werde ersucht, die entsprechenden haushaltsrechtlichen Regelungen vorzulegen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

26. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

- |                       |   |
|-----------------------|---|
| <u>Kapitel 07 080</u> | - Maßnahmen für das Gesundheitswesen  |
| <u>Titelgruppe 71</u> | - Gesundheitserziehung, Förderung volksgesundheitlicher Bestrebungen und sozialhygienischer Maßnahmen |
| <u>Titel 684 71</u>   | - Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen                                |

den Ansatz von 7 433 000 DM um 600 000 DM auf 8 033 000 DM zu erhöhen, und zwar beim

- |                    |  |
|--------------------|--|
| <u>Unterteil 4</u> | - Zuschüsse zur Bekämpfung der Suchtgefahren |
|--------------------|--|

von 6 900 000 DM um 600 000 DM auf 7 500 000 DM.

Begründung

Mit diesem Erhöhungsbetrag sollen 10 weitere Drogenberatungsstellen in die Förderung einbezogen werden.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU und der Fraktion der F.D.P. angenommen.

27. Die Fraktion der SPD, die Fraktion der CDU und die Fraktion der F.D.P. beantragten, bei

<u>Kapitel 07 080</u>	- Maßnahmen für das Gesundheitswesen
<u>Titelgruppe 72</u>	- Förderung von Kurorten im Lande Nordrhein-Westfalen

die Erläuterungen wie folgt zu berichtigen:

In der Übersicht "Abwicklung des Förderungsprogramms" wird die Zahl "4 000 000" durch die Zahl "2 750 000" und die Zahl "1 000 000" durch die Zahl "750 000" ersetzt. Dadurch ändern sich in der nachfolgenden Zeile "vorbehalten bleiben" die Zahlen "2 250 000" in "1 000 000" und "500 000" in "250 000". Die beiden letzten Zeilen "veranschlagt zusammen ..." und "vorbehalten bleiben ..." fallen ersatzlos weg.

Begründung

Es handelt sich hier nur um eine Druckfehlerberichtigung.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

28. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

<u>Kapitel 07 080</u>	- Maßnahmen für das Gesundheitswesen
<u>Titelgruppe 81</u>	- Gesundheitshilfe
<u>Titel 684 81</u>	- Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen

den Ansatz von 7 486 000 DM um 130 000 DM auf 7 616 000 DM zu erhöhen, und zwar beim

<u>Unterteil 2</u>	- Beratungsstellen für Familienplanung
--------------------	--

von 4 141 000 DM um 130 000 DM auf 4 271 000 DM.

Begründung

Der Erhöhungsbetrag solle zur Ausweitung der Förderung dienen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. angenommen.

29. Die Fraktion der SPD, die Fraktion der CDU und die Fraktion der F.D.P. beantragten, bei

<u>Kapitel 07 080</u>	- Maßnahmen für das Gesundheitswesen
<u>Titelgruppe 90</u>	- Seuchenbekämpfung

die Erläuterungen wie folgt zu berichtigen:

In lfd. Nummer 3 werden die Zahlen "2 360" durch "1 880" ersetzt; in der letzten Spalte wird die Zahl "- 1 020" durch "- 1 500" ersetzt. In der Zeile "zusammen" ändern sich in der 3. Spalte die Zahl "2 840" in "2 360", in der Spalte "zusammen" die Zahl "6 374" in "5 894" und in der letzten Spalte die Zahl "- 1 420" in "- 1 900".

Begründung

Es handelt sich hier nur um eine Druckfehlerberichtigung.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

30. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

<u>Kapitel 07 430</u>	- Staatsbad Oeynhausen
<u>Titel 684 00</u>	- Zuschuß zu den Anlaufkosten des Herzzentrums an die Krankenhausbetriebsgesellschaft Bad Oeynhausen mbH

den Ansatz von 850 000 DM um 850 000 DM auf 0 DM zu kürzen.

Begründung

Nach Auskunft der Landesregierung habe das Herzzentrum in Bad Oeynhausen seinen Betrieb überraschend gut aufgenommen. Eine besondere Bezuschussung der Anlaufkosten sei daher nicht erforderlich, so daß der Ansatz gestrichen werden könne.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Stimme der Fraktion der F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU abgelehnt.

Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge nahm den Einzelplan 07, außer Kapitel 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe, Soziales Ausbildungswesen und allgemeine frauenpolitische Angelegenheiten - und Kapitel 07 410 - Sozial-

pädagogisches Institut für Kleinkind- und außerschulische  
Erziehung (SPI) - unter Einbeziehung der Beratungsergeb-  
nisse mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die  
Stimmen der Fraktion der CDU und die Stimme der Fraktion  
der F.D.P. an.

Bräuer

Vorsitzender



CA

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN

20.02.1986

10. Wahlperiode

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
10. WAHLPERIODE

**VORLAGE**  
**10/314**

## Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1986

hier: Einzelplan 07 - Minister für Arbeit, Gesundheit  
und Soziales

- Drucksachen 10/450, 10/500 und 10/650 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des  
Ausschusses für Jugend und Familie

### Berichterstatter

Abgeordnete Hieronymi CDU

- Kapitel 07 050 (Familienhilfe, Jugendhilfe,  
Soziales Ausbildungswesen und allgemeine  
frauenpolitische Angelegenheiten) sowie  
Kapitel 07 410 (Sozialpädagogisches  
Institut für Kleinkind- und außerschulische  
Erziehung (SPI))

Abgeordneter Hellwig SPD

- 36. Landesjugendplan (Beilage 3)

### Beschlußempfehlung

Der 36. Landesjugendplan sowie die Kapitel 07 050 und 07 410  
werden mit den nachfolgend ersichtlichen Änderungen angenommen.

Bericht

Allgemeines

Der Ausschuß für Jugend und Familie hat in seinen Sitzungen am 16. Januar und 20. Februar 1986 den 36. Landesjugendplan,

Kapitel 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe, Soziales  
Ausbildungswesen und allgemeine  
frauenpolitische Angelegenheiten und

Kapitel 07 410 - Sozialpädagogisches Institut für Klein-  
kind- und außerschulische Erziehung (SPI)

beraten.

Als Vorlagen sind zum Haushaltsentwurf an den Ausschuß für Jugend und Familie eingegangen vom:

Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen	10/210 und 10/213
Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen	10/240
Kultusminister des Landes Nordrhein- Westfalen	10/235

Als Zuschriften sind eingegangen:

Arbeitsgemeinschaft zur Förderung Lernbehinderter e.V., Kreis Steinfurt	10/135
Deutsche Lebensrettungsgesellschaft e.V., Landesverband Nordrhein, Düsseldorf	10/188

Landschaftsverband Westfalen-Lippe, Münster	10/230 und 10/247
Caritasverband für das Bistum Essen e.V., Essen	10/231
SPD-Fraktion der Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe, Münster	10/232
Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege NW, Düsseldorf	10/238 und 10/300
Landesarbeitsgemeinschaft der Familien- verbände in Nordrhein-Westfalen, Ruppichteroth	10/248
Deutsche Pfadfinderschaft Sankt Georg, Essen	10/269
Bund der Deutschen Katholischen Jugend, Diözesanverband Aachen	10/270
Landesjugendwerk der Arbeiterwohlfahrt NRW, Düsseldorf	10/291

Sowohl die vorgenannten Vorlagen als auch die Zuschrif-  
ten lagen den Ausschußmitgliedern als Beratungsunter-  
lagen vor.

Der Ausschuß für Jugend und Familie stimmte in seiner  
Sitzung am 20. Februar 1986 über Anträge, über den  
36. Landesjugendplan sowie über die Kapitel 07 050  
und 07 410 ab.

#### Einzelberatung

Der Ausschuß für Jugend und Familie stimmte in seiner  
Sitzung am 20. Februar 1986 über die Änderungsanträge  
der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der  
Fraktion der F.D.P. sowie über den 36. Landesjugendplan,

über das Kapitel 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe, Soziales Ausbildungswesen und allgemeine frauenpolitische Angelegenheiten - und das Kapitel 07 410 - Sozialpädagogisches Institut für Kleinkind- und außerschulische Erziehung (SPI) - ab.

Im einzelnen wurden folgende Anträge gestellt:

1. Die Fraktion der F.D.P. beantragte, bei

<u>Kapitel 07 050</u>	- Familienhilfe, Jugendhilfe, Soziales Ausbildungswesen und allgemeine frauenpolitische Angelegenheiten
<u>Titel 684 20</u>	- Zuschüsse für die Fortbildung von Fachkräften aller Zweige der sozialen Arbeit, auch für ehrenamtliche Mitarbeiter

den Ansatz von 2 138 000 DM um 350 000 DM auf 1 788 000 DM zu kürzen.

Begründung

Die Kürzung sei gerechtfertigt, um die dadurch freigewordenen Mittel an anderer Stelle zur unmittelbaren Bekämpfung sozialer Probleme verwenden zu können.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

2. Die Fraktion der SPD und die Fraktion der CDU beantragten, bei

<u>Kapitel 07 050</u>	- Familienhilfe, Jugendhilfe, Soziales Ausbildungswesen und allgemeine frauenpolitische Angelegenheiten
<u>Titelgruppe 60</u>	- Förderung der Familienhilfe und Kinderhilfe
<u>Titel 653 60</u>	- Zuweisungen an öffentliche Träger
<u>Unterteil 3</u>	- Förderung von Familienerholungsmaßnahmen

den Ansatz von 250 000 DM um 50 000 DM auf 300 000 DM zu erhöhen.

Begründung

Wiederherstellung des Ansatzes des Jahres 1985

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. angenommen.

3. Die Fraktion der SPD und die Fraktion der CDU beantragten, bei

<u>Kapitel 07 050</u>	- Familienhilfe, Jugendhilfe, Soziales Ausbildungswesen und allgemeine frauenpolitische Angelegenheiten
<u>Titelgruppe 60</u>	- Förderung der Familienhilfe und Kinderhilfe
<u>Titel 684 60</u>	- Zuschüsse an Organisationen der freien Wohlfahrtspflege
<u>Unterteil 4</u>	- Förderung von Familienerholungsmaßnahmen

den Ansatz von 2 250 000 DM um 950 000 DM auf 3 200 000 DM zu erhöhen.

Begründung

Wiederherstellung des Ansatzes des Jahres 1985

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. angenommen.

4. Die Fraktion der SPD und die Fraktion der CDU beantragten, bei

<u>Kapitel 07 050</u>	- Familienhilfe, Jugendhilfe, Soziales Ausbildungswesen und allgemeine frauenpolitische Angelegenheiten
<u>Titelgruppe 61</u>	- Landesjugendplan
<u>Titel 653 61</u>	- Zuweisungen an Träger der öffentlichen Jugendpflege
<u>Unterteil 4</u>	- Förderung von Kindererholungsmaßnahmen
zugleich beim <u>Landesjugendplan</u>	
<u>Position IV/2</u>	- Kinderferienmaßnahmen (Ferienhilfswerk)

den Ansatz von 400 000 DM um 400 000 DM auf 800 000 DM zu erhöhen.

Begründung

Wiederherstellung des Ansatzes des Jahres 1985

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. angenommen.

5. Die Fraktion der F.D.P. beantragte, bei

- |                         |   |
|-------------------------|---|
| <u>Kapitel 07 050</u>   | - Familienhilfe, Jugendhilfe, Soziales Ausbildungswesen und allgemeine frauenpolitische Angelegenheiten |
| <u>Titelgruppe 61</u>   | - Landesjugendplan  |
| <u>Titel 681 61</u>     | - Ausgleich für Verdienstausfall infolge von Urlaubsgewährung nach dem Sonderurlaubsgesetz              |
| zugleich beim           |   |
| <u>Landesjugendplan</u> |   |
| <u>Position VII/1</u>   | - Ausgleich für Verdienstausfall infolge von Urlaubsgewährung nach dem Sonderurlaubsgesetz              |

den Ansatz von 3 500 000 DM um 1 000 000 DM auf 2 500 000 DM zu kürzen.

Begründung

Die tatsächlich benötigten Fördermittel hätten 1984 lediglich 2,15 Mio DM betragen, so daß eine Kürzung des Ansatzes gerechtfertigt sei.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

6. Die Fraktion der F.D.P. beantragte, bei

- |                       |   |
|-----------------------|---|
| <u>Kapitel 07 050</u> | - Familienhilfe, Jugendhilfe, Soziales Ausbildungswesen und allgemeine frauenpolitische Angelegenheiten |
| <u>Titelgruppe 61</u> | - Landesjugendplan  |
| <u>Titel 684 61</u>   | - Zuschüsse an Träger der freien Jugendpflege   |
| <u>Unterteil 15</u>   | - Personalkostenzuschüsse für pädagogische Kräfte in Jugendwohnheimen                                   |

zugleich beim

Landesjugendplan

Position III/1

- Betreuung in Jugendwohnheimen durch hauptberufliche pädagogische Fachkräfte

den Ansatz von 12 900 000 DM um 1 570 000 DM auf 11 330 000 DM zu kürzen.

Begründung

Die Ansatzerhöhung solle analog der Förderung der Anstellung von Fachkräften der Bildungsarbeit in der außerschulischen Bildungsarbeit 3 % nicht übersteigen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

7. Die Fraktion der SPD, die Fraktion der CDU und die Fraktion der F.D.P. beantragten, bei

Kapitel 07 050

- Familienhilfe, Jugendhilfe, Soziales Ausbildungswesen und allgemeine frauenpolitische Angelegenheiten

Titelgruppe 61

- Landesjugendplan

Titel 684 61

- Zuschüsse an Träger der freien Jugendpflege

Unterteil 17

- Förderung von Jugendferienmaßnahmen

zugleich beim

Landesjugendplan

Position IV/1

- Jugendferienmaßnahmen im Rahmen der Jugendarbeit

den Ansatz von 3 625 000 DM um 3 625 000 DM auf 7 250 000 DM zu erhöhen.



Begründung

Wiederherstellung des Ansatzes des Jahres 1985

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8. Die Fraktion der SPD und die Fraktion der CDU beantragten, bei

<u>Kapitel 07 050</u>	- Familienhilfe, Jugendhilfe, Soziales Ausbildungswesen und allgemeine frauenpolitische Angelegenheiten
<u>Titelgruppe 61</u>	- Landesjugendplan
<u>Titel 684 61</u>	- Zuschüsse an Träger der freien Jugendpflege
<u>Unterteil 18</u>	- Förderung von Kindererholungsmaßnahmen
zugleich beim <u>Landesjugendplan</u> <u>Position IV/2</u>	- Kinderferienmaßnahmen (Ferienhilfswerk)

den Ansatz von 2 050 000 DM um 2 050 000 DM auf 4 100 000 DM zu erhöhen.

Begründung

Wiederherstellung des Ansatzes des Jahres 1985

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. angenommen.

9. Die Fraktion der SPD und die Fraktion der CDU beantragten, bei

- |                       |   |
|-----------------------|---|
| <u>Kapitel 07 050</u> | - Familienhilfe, Jugendhilfe, Soziales Ausbildungswesen und allgemeine frauenpolitische Angelegenheiten |
| <u>Titelgruppe 61</u> | - Landesjugendplan  |
| <u>Titel 684 61</u>   | - Zuschüsse an Träger der freien Jugendpflege   |
| <u>Unterteil 19</u>   | - Schulungsmaßnahmen für Leiter und Helfer in der Kindererholung  |

zugleich beim

Landesjugendplan

- |                      |   |
|----------------------|---|
| <u>Position IV/2</u> | - Kinderferienmaßnahmen (Ferienhilfswerk) |
|----------------------|---|

den Ansatz von 50 000 DM um 50 000 DM auf 100 000 DM zu erhöhen.

Begründung

Wiederherstellung des Ansatzes des Jahres 1985

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. angenommen.

10. Die Fraktion der F.D.P. beantragte, bei

- |                       |   |
|-----------------------|---|
| <u>Kapitel 07 050</u> | - Familienhilfe, Jugendhilfe, Soziales Ausbildungswesen und allgemeine frauenpolitische Angelegenheiten |
| <u>Titelgruppe 62</u> | - Förderung des Jugendschutzes  |
| <u>Titel 684 62</u>   | - Zuschüsse an Träger der freien Jugendhilfe  |
| <u>Unterteil 1</u>    | - Für die institutionelle Förderung der Landesarbeitsstellen für Jugendschutz                           |

den Ansatz von 690 000 DM um 440 000 DM auf 250 000 DM zu kürzen.

Begründung

Es sei geboten, die Mittel auf die Aktion Jugendschutz, Landesarbeitsstelle Nordrhein-Westfalen e.V., zu konzentrieren.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

11. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

Kapitel 07 050

- Familienhilfe, Jugendhilfe, Soziales Ausbildungswesen und allgemeine frauenpolitische Angelegenheiten

Titelgruppe 82

- Förderung der Betriebskosten von anderen Tageseinrichtungen für Kinder und der Investitionskosten von Kindergärten und anderen Tageseinrichtungen für Kinder

Titel 883 82

- Zuweisungen an Gemeinden (GV) zu den Bau- und Einrichtungskosten gem. §§ 10 und 16 KqG und für andere Tageseinrichtungen für Kinder

den Ansatz von 14 000 000 DM um 6 000 000 DM auf 20 000 000 DM zu erhöhen.

Begründung

Angesichts eines großen Investitionsstaus bei den Kindergärten sei die Kürzung des Haushaltsansatzes

nicht hinnehmbar. Eine Erhöhung sei im Interesse einer Sicherstellung eines flächendeckenden Angebots gut ausgebauter Kindergärten erforderlich.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Stimme der Fraktion der F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU abgelehnt.

12. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

<u>Kapitel 07 050</u>	- Familienhilfe, Jugendhilfe, Soziales Ausbildungswesen und allgemeine frauenpolitische Angelegenheiten
<u>Titelgruppe 82</u>	- Förderung der Betriebskosten von anderen Tageseinrichtungen für Kinder und der Investitionskosten von Kindergärten und anderen Tageseinrichtungen für Kinder
<u>Titel 893 82</u>	- Zuschüsse an Träger der freien Jugendhilfe zu den Bau- und Einrichtungskosten gemäß §§ 10 und 16 KGG und für andere Tageseinrichtungen für Kinder

den Ansatz von 15 500 000 DM um 8 500 000 DM auf 24 000 000 DM zu erhöhen.

#### Begründung

Angesichts eines großen Investitionsstaus sei eine Erhöhung des Haushaltsansatzes, durch die die Kürzung gegenüber dem Vorjahr rückgängig gemacht würde, erforderlich.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Stimme der Fraktion der F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU abgelehnt.

Abschließend nahm der Ausschuß für Jugend und Familie den 36. Landesjugendplan und das Kapitel 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe, Soziales Ausbildungswesen und allgemeine frauenpolitische Angelegenheiten - unter Einbeziehung der Beratungsergebnisse mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und die Stimme der Fraktion der F.D.P. an.

Das Kapitel 07 410 - Sozialpädagogisches Institut für Kleinkind- und außerschulische Erziehung (SPI) - wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. angenommen.

Hellwig  
Vorsitzender



Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 1986

- Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales -
1. Änderungen bei den Haushaltsansätzen
  2. Änderungen bei den Stellenplänen und Stellenübersichten

DA

Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Anlage 1: Änderungen bei den Haushaltsansätzen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
07 020	<u>Allgemeine Bewilligungen</u>			
TGr. 72	Ergänzende Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen			
684 72	Zuschüsse an freie Träger	14.000.000	+ 1.250.000	15.250.000
	<u>Verpflichtungsermächtigung:</u>			
	2.500.000 + 6.250.000	8.750.000		
	<u>Änderung der Erläuterungen:</u>			
	a) unverändert			
	b) unverändert			
	c) Stammkräfte zur Projektentwicklung und -begleitung			
	5.750.000 + 1.250.000	7.000.000		
TGr. 90	Veranstaltungen, Informationsmaßnahmen sowie Untersuchungen und Feldversuche zur sozialen Technikgestaltung			
526 90	Kosten für Sachverständige und Untersuchungs- vorhaben	15.000.000	-- 600.000	14.400.000



Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Anlage 1: Änderungen bei den Haushaltsansätzen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
07 040	<u>Altenhilfe und soziale Hilfen</u>			
683 00	Zuschuß an die NWEA-Messegesellschaft mbH, Düsseldorf, zu den Kosten des Rehabilitationskongresses 1987	30.000	- 30.000	0
	<u>Verpflichtungsermächtigung:</u>			
	30.000 - 30.000 0			
	Die Haushaltsstelle entfällt.			
TGr. 60	Zuweisungen und Zuschüsse zur Durchführung von Erholungsmaßnahmen für alte Menschen			
653 60	kommunale Träger	500.000	+ 500.000	1.000.000
684 60	freie gemeinnützige Träger	3.000.000	+ 3.000.000	6.000.000

09

Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
 Anlage 1: Änderungen bei den Haushaltsansätzen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
07 050	<u>Familienhilfe, Jugendhilfe, Soziales Ausbildungs- wesen und allgemeine frauenpolitische Angelegen- heiten</u>			
653 60	<u>Titelgruppe 60</u> Förderung der Familienhilfe und Kinderhilfe			
	Zuweisungen an öffentliche Träger	17.150.000	+ 50.000	17.200.000
	Änderung der Erläuterungen			
	<u>Uf. 3 Förderung von Familienerholungsmaßnahmen</u>			
	250.000 + 50.000 300.000			
684 60	Zuschüsse an Organisationen der freien <u>Wohlfahrtspflege</u>			
	<u>Änderung der Erläuterungen</u>			
	<u>Uf. 4 Förderung von Familienerholungsmaßnahmen</u>			
	2.250.000 + 950.000 3.200.000	26.370.000	+ 950.000	27.320.000

Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
 Anlage 1: Änderungen bei den Haushaltsansätzen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
(07 050)	Titelgruppe 61			
	Landesjugendplan			
653 61	Zuweisungen an Träger der öffentlichen Jugendpflege	34.915.000	+ 400.000	35.315.000
	<u>Änderung der Erläuterungen</u> UT. 4 Förderung von Kinderholungsmaßnahmen (LJP IV/2)			
	400.000 + 400.000 800.000			
684 61	Zuschüsse an Träger der freien Jugendpflege <u>Änderung der Erläuterungen</u> UT. 17 Förderung von Jugendferienmaßnahmen (LJP IV/1)	111.722.000	+ 5.725.000	117.447.000
	3.625.000 + 3.625.000 7.250.000			
	UT. 18 Förderung von Kindererholungsmaßnahmen (LJP IV/2)			
	2.050.000 + 2.050.000 4.100.000			
	UT. 19 Schulungsmaßnahmen für Leiter und Helfer in der Kindererholung (LJP IV/2)			
	50.000 + 50.000 100.000			

05

Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Anlage 1: Änderungen bei den Haushaltsansätzen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
07 060	<u>Landesmaßnahmen für Vertriebene, Deutsche aus der DDR, Heimkehrer sowie heimatlose Ausländer und aus- ländische Flüchtlinge</u>			
531 00	Durchführung von Aufgaben nach § 96 BVFG	190.000	- 40.000	150.000
684 12	Förderungsmaßnahmen im Aufgabenbereich des § 96 BVFG	440.000	- 90.000	350.000
07 080	<u>Maßnahmen für das Gesundheitswesen</u>			
TGr. 71	<u>Gesundheitserziehung, Förderung volksgesundheitlicher Bestrebungen und sozialhygienischer Maßnahmen</u>			
684 71	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	7.433.000	+ 600.000	8.033.000
	<u>Änderung der Erläuterungen:</u>			
	<u>Ut. 4: Zuschüsse zur Bekämpfung der Suchtgefahren</u>			
	6.900.000 + 600.000	7.500.000		

D6

Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Anlage 1: Änderung bei den Haushaltsansätzen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
(07 080)				
TGr. 81	Gesundheitshilfe			
684 81	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen	7.486.000	+ 130.000	7.616.000
	<u>Änderung der Erläuterungen:</u>			
	<u>Ut. 2: Beratungsstellen für Familienplanung</u>			
	4.141.000 + 130.000	4.271.000		
	<u>Abschluß Einzelplan 07</u>			
	Gesamteinnahmen	743.751.500	-	743.751.500
	Gesamtausgaben	3.773.650.000	+ 11.845.000	3.785.495.000
	Verpflichtungsermächtigungen	660.275.500	+ 6.220.000	666.495.500

07

Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
 Anlage 1: Änderungen bei den Haushaltsansätzen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
	Änderungen des 36. Landesjugendplans (Beilage 3 zu Einzelplan 07)			
	<u>I. BILDUNGSAUFGABEN</u>			
I 5	Förderung studentischer Bildungsveran- staltungen, Studienfahrten und kultureller Veranstaltungen	25.000 -	25.000 -	-
I 10 c	Internationale Jugendbegegnungen mit deutschen und israelischen Studenten	20.000 +	25.000 +	45.000
	<u>IV. KINDER- UND JUGENDERHOLUNG</u>			
IV 1	Jugendferienmaßnahmen im Rahmen der Jugendarbeit	3.625.000 +	3.625.000 +	7.250.000
IV 2	Kinderferienmaßnahmen (Ferienhilfswerk)	2.500.000 +	2.500.000 +	5.000.000

88

Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
Anlage 2: Änderungen bei den Stellenplänen und Stellenübersichten

Bes.Gr. Verg.Gr. Lohn Gr.	Kapitel und Titel Bezeichnung der Stellen und Haushaltsvermerke	Stellenzahl nach dem Entwurf	mehr (+) weniger (-)	Neue Stellenzahl
	<u>Kapitel 07 010 - Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales</u>			
	<u>Titel 422 10 - Bezüge der Beamten (und Richter)</u>			
	<u>Leerstellen</u>			
A 14	Oberregierungsrat	-	+ 1	1
A 13	Regierungsrat	2	- 1	1
	<u>Abschluß Einzelplan 07</u>			
	Planmäßige Beamte	2.180	-	2.180
	Beamtete Hilfskräfte	67	-	67
	Angestellte	3.025	-	3.025
	Arbeiter	385	-	385
	<u>Angestellte in Titelgruppen</u>	635	-	635
	<u>Insgesamt</u>	6.292	-	6.292
	Beamte im Vorbereitungsdienst	145	-	145
	Auszubildende	146	-	146

09